

Förster, Friedrich Wilhelm, *Politische Ethik*. Recklinghausen, Paulusverlag, 1956. Vierte neubearbeitete und erweiterte Auflage. 8°, 344 S. — Ln. DM 19,80.

Wohl zu keinem Zeitpunkt war eine Neuauflage der *Politischen Ethik* des bekannten Sozialpädagogen Friedrich Wilhelm Förster berechtigter als im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Politik sich vor nie gekannte Aufgaben gestellt sieht, die sie mit den bisherigen traditionellen Mitteln nicht mehr zu bewältigen weiß.

Die Neuauflage stellt eine wesentliche Umarbeitung und Erweiterung des Werkes dar, die vor allem dadurch bedingt ist, daß das Problem Politik und Ethik aus der Sicht der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen politischen Verhältnisse behandelt wird. Namentlich wird der West-Ost-Konflikt einer eingehenden historischen Untersuchung unterzogen, die zurückgreift auf den Gegensatz von West-Rom und Ost-Rom und von daher die heutige Spaltung der Welt nicht nur in politischer, sondern auch in soziologischer Hinsicht zu erklären sucht: Der Westen, aufgebaut auf dem durch Cicero begründeten, durch Augustinus verchristlichten und durch die Scholastik ausgestalteten römischen Naturrechtsgedanken, hat zum soziologischen Prinzip die Demokratie, deren innerster Kern die Achtung vor der persönlichen Würde des Menschen ist. Der Osten, schon in der ausgehenden Antike durch Wiederaufnahme des griechisch-aristotelischen Polis-Gedankens in Verbindung mit der aus dem Orient übernommenen Kaiseridee das Individuum restlos dem Staat einordnend, begründete im Byzantinismus eine Theokratie, die durch Ineinssetzung von weltlicher und göttlicher Macht den Menschen einem totalitären Anspruch auslieferte; diese Tradition wurde von Moskau, dem „dritten Rom“ in der Zeit des Zarismus weitergeführt und im Bolschewismus zur extremsten Verwirklichung gebracht.

So stehen sich heute West und Ost in einem durch eine mehr als eineinhalbtausendjährige geschichtliche Entwicklung gewordenen unversöhnlichen Gegensatz gegenüber, ausgerüstet mit militärischen Mitteln, die es beiden Geg-

nern erlauben, die gesamte Menschheit zu vernichten.

Auf dem Hintergrund dieser historisch gewordenen Situation zeigt der Verfasser auf, daß die Politik in der durch Machiavelli begründeten Form, die jede Beziehung zur Ethik negiert und sie einzig dem Grundsatz des Augenblickserfolges unterstellt, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, sollte die Menschheit sich nicht selber auslöschen. Schon um der Selbsterhaltung der Menschheit willen müssen darum auch im politischen Leben wieder objektive sittliche Normen anerkannt werden, deren innerstes Prinzip die Gerechtigkeit ist und die letztlich fundiert sind im Religiösen. „Die politische Ethik hat mehr als je eine gewaltige Aufgabe in der Zusammenordnung getrennter Welten und Interessen zu erfüllen; aber damit die zusammengeführte Welt nicht zum kollektiven Tiere werde, durch das die Person verschlungen wird, ist die Religion ganz unentbehrlich, weil nur sie den Menschen vor der sozialen Versklavung zu retten weiß. Sie vollbringt diese Aufgabe nicht bloß durch ihren Ruf an den persönlichen Menschen, sondern nicht weniger durch die göttliche Würde, die sie jeder mit ihr fest verbundenen irdischen Ordnung verleiht und die nunmehr nicht bloß im Namen der politischen Technik und der kollektiven Disziplin redet, sondern als Verwalterin geistiger Werte und überirdischer Zielsetzungen erscheint“ (S. 298).

Förster gibt sich aber nicht der Illusion hin, daß die Forderungen der sittlichen Ordnung allein genügen, die Menschheit wieder auf den rechten Weg zu bringen und auf ihm zu halten; die sittliche Ordnung bedarf eines mächtigen Schutzes. So lehnt Förster — im Gegensatz zu früher — den unbedingten Pazifismus ab, ja sieht in ihm sogar eine Hauptursache der Kriege, da durch die versäumte Rüstung auf der einen Seite die Gegenseite erst recht zur Gewalttat verführt wird. „Ein falscher und abstrakter Pazifismus, der von der menschlichen Natur nichts versteht, (ist) dafür verantwortlich, daß Millionen von Menschenleben vernichtet und daß beinahe unheilbare Verwüstungen und Zerstörungen deshalb verursacht werden konnten, weil weite Kreise der durch Krieg bedrohten Völker sich durch zahlreiche gefährliche Illusionen davon abhalten ließen, rechtzeitig die nötige Defensive bereitzustellen“ (S. 273). In diesem Zusammenhang vertritt der Verfasser auch die These: „Es gibt keine internationale Abrüstung ohne vorhergehenden, unbedingt vertrauenswürdigen Friedensschluß“ (S. 275).

Ist diesen Gedankengängen durchaus beizupflichten, so scheint der Verfasser doch in Bezug auf die moderne Demokratie eine allzu optimistische Haltung einzunehmen und ihren spezifisch christlichen Gehalt zu überschätzen.

Schon der Ausgangspunkt der modernen Demokratie, die französische Revolution, dürfte allzu günstig beurteilt sein, wenn man ihre Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit „dem wahren Geist der religiösen Tradition Europas“ weit näher stehen läßt, „als alle (durch sie) bedrohten Privilegien waren“ (S. 122), und „jenen Protest des französischen Genius“ als „eine weltgeschichtliche Tat ersten Ranges“ bezeichnet (S. 198). Die Behauptung, daß die neuere demokratische Bewegung „ihre allertiefste Kraft dem Christentum“ verdanke (S. 189), verkennt die Tatsache, daß ihr Grundprinzip, die Volkssouveränität, gemäß welcher alle Gewalt vom Volke ausgeht, der christlichen Staatslehre widerspricht und eine Frucht der Aufklärung (Rousseau) ist, deren subjektives Naturrecht mit der objektiven Ordnung des christlichen Naturrechts nicht das geringste zu tun hat. Diese Demokratie, die durch die französische Aufklärung und die durch diese heraufgeführte französische Revolution inauguriert wurde, steht in ihrer politischen Konzeption völlig auf dem Standpunkt Macchiavellis mit seiner Verabsolutierung des Staatszweckes; statt Staat steht hier nur das Volk. Das Christliche in der Demokratie, die Achtung vor der persönlichen Würde des Menschen, ist kein Spezifikum der Demokratie, sondern eignet jeder Staatsauffassung, die Staat und Volk unter Gott und seine sittliche Ordnung stellt, und kann daher in jeder naturrechtlich gültigen Staatsform verwirklicht sein, wie andererseits gerade auch die Demokratie nach dem Beispiel der „Volksdemokratien“ des Ostens diese Würde vernichten kann. Es ist also hier wohl zu unterscheiden zwischen Demokratie und christlicher Staatsauffassung. Nach der christ-

lichen Staatslehre kann nicht eine bestimmte Staatsverfassung als die allein gültige hingestellt werden, sondern jede hat sich im Rahmen der naturrechtlichen Ordnung an den jeweiligen historisch-politischen Gegebenheiten eines Volkes auszuweisen.

Auf einen kleinen Irrtum auf S. 143 sei noch hingewiesen: Nicht Leo XIII., sondern Leo III. hat am Weihnachtsabend des Jahres 800 in der Peterskirche zu Rom die Krönung Karls des Großen vorgenommen.

Trotz der angeführten Aussetzungen ist die Neuauflage von Försters *Politischer Ethik* im gegenwärtigen Augenblick nur zu begrüßen. Nicht nur die klare Forderung, daß der Staatsmann genau wie der Privatmann, ja sogar noch mehr als dieser, das Sittengesetz zu achten hat (S. 53), und die eindeutige Feststellung, daß, was moralisch falsch ist, auch politisch nicht richtig sein kann (S. 21), gilt es zu beherzigen, sondern auch die daraus sich ergebende Folgerung, daß die Religion als die letzte Grundlage des Sittengesetzes, und demnach auch ihre gesellschaftliche Gestalt, die Kirche, bestimmende Kraft besitzen für das politische Leben. Wer die Einflußnahme der Kirche auf die Politik als „politischen Katholizismus“ oder „Klerikalisierung der Politik“ abtut, stellt sich — darüber läßt Försters Buch keinen Zweifel — auf den Standpunkt Macchiavellis, der den Bereich des Politischen aus dem Sittlichen und Religiösen herausgerissen und damit den Zerfall der mittelalterlichen abendländischen Völkergemeinschaft besiegelt hat, dessen Ergebnis heute der menscheitsbedrohende Gegensatz zwischen West und Ost ist.

Freising

Jakob Fellermeier